

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)
9 1520-15

Inhalt

Fahrlässig und gegen den föderalen Geist der Verfassung handelt der stellvertretende CDU-Vorsitzende Heinz Eggert nach Meinung des stellvertretenden Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Dr. Dieter Spörl.

Seite 1

Enttäuscht über den Weltwirtschaftsgipfel von Neapel, der "seiner Verantwortung nicht gerecht" wurde, zeigt sich der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller MdB.

Seite 2

An die Blockflöten in CDU und FDP erinnert anlässlich des Gekläffes über die rot-grüne Zusammenarbeit in Sachsen-Anhalt die stellvertretende SPD-Vorsitzende Heidemarie Wiecek-Zeul MdB.

Seite 3

Einen Vorgeschmack auf kommende Belastungen von Versicherten sieht der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Kirschner MdB, im GKV-Anpassungsgesetz.

Seite 4

49. Jahrgang / 130

11. Juli 1994

Gipfel der Scheinheiligkeit

Landespolitische Sacharbeit kein Spielball bundespolitischer Kampagnen

Von Dieter Spörl

Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident von Baden-Württemberg

Wenn der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Herr Eggert die Großen Koalitionen in Baden-Württemberg und Berlin wegen der Entwicklung in Sachsen-Anhalt sprengen will, handelt er fahrlässig gegen das Interesse der Bürger in beiden Ländern. Die CDU würde sich mit diesem Kurs ins eigene Fleisch schneiden, denn die Bürgerinnen und Bürger wissen, daß beide Koalitionen ihre landespolitischen Sachaufgaben konstruktiv im Interesse der Bürger bewältigen.

Es ist ein Ausdruck der föderalen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, daß die Bildung und Beendigung von Koalitionen in den einzelnen Ländern unter den spezifischen landespolitischen Bedingungen erfolgt und nicht als eine Reaktion auf die Bildung von Koalitionen in anderen Ländern. Die Koalitionen in Baden-Württemberg und Berlin dürfen nicht zum Spielball bundespolitischer Kampagnen im Vorfeld der Bundestagswahl werden.

Wer rein landesbezogene Regierungskonstellationen in einzelnen Bundesländern aus emotionaler Reaktion auf die Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt aufkündigt, handelt gegen den föderalen Geist der Verfassung und nicht mehr aus dem jeweiligen landesspezifischen Interesse heraus. Landespolitische Koalitionsbildungen eignen sich nicht für trotzig Rachezüge und können nicht gegeneinander ausgespielt werden.

So gibt es heute - abhängig von den Wahlergebnissen auf Länderebene - SPD-, CDU-, CSU-Aleinregierungen genauso wie CDU/FDP-Regierungen, SPD/FDP-Regierungen sowie rot-grüne und Ampel-Koalitionen.

Die emotionalen Ausfälle des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble und des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Ministerpräsident Erwin Teufel am vergangenen Wochenende in Singen gegen das Vorgehen der SPD in Sachsen-Anhalt sind der Gipfel der Scheinheiligkeit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed on Demand
mit wertvollem Recycling-Papier



Schließlich war es die CDU, die die früheren Blockparteien Ost-CDU und Bauernpartei geschlossen mitsamt Parteivermögen über Nacht bei sich eintreten ließ. Dabei haben diese Blockparteien in ihrer Liebedienerei gegenüber dem Honecker-Regime die SED oft übertroffen. Auch heute hat die CDU keine Skrupel, wenn es darum geht, mit der PDS gemeinsam Landräte an der SPD vorbeizuwählen oder einen SPD-Bürgermeister zu verhindern.

(-/11. Juli 1994/hgs/tr)

Neapel war kein Schritt nach vorn **Gipfel in kolonialer Tradition**

Von Michael Müller MdB
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Auch der zweite Weltwirtschaftsgipfel nach der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung von 1992 ist kein Schritt nach vorn. Wurden in Tokio 1993 die Beschlüsse des Erdgipfels von Rio nur mit dem lapidaren Satz erwähnt, daß sie auf der Tagesordnung bliebe, ist in Neapel nicht einmal davon mehr die Rede. Das Rad wird zurückgedreht. Die eigenen kurzfristigen Wirtschaftsinteressen werden wieder an die erste Stelle gerückt.

Von einer schnellen Reform des Welthandels durch die Einbeziehung von Sozial- und Umweltklauseln, bei der Ratifizierung des GATT-Abkommens vor wenigen Wochen noch eine allseitige Ankündigung, ist nicht mehr die Rede. Die Deregulierung, hinter der sich die Raubritter auf den Weltmärkten verschanzen, ist noch immer das Credo der Mächtigen.

Für den Schutz der Tropenwälder, das gemeinsame Erbe der Menschheit, ist nur ein Bruchteil der Summe geflossen, auf die sich die G 7-Gemeinschaft verständigt hatte. Dabei sind nicht einmal die tropenbiologischen Grundlagen des größten und wichtigsten Öko-Systems der Erde erforscht. Auch die Bundesrepublik, die sich vor allem auf Brasilien konzentriert, ist dabei nicht besser als die anderen Industriestaaten.

Der Katastrophenreaktor von Tschernobyl, dessen Risse zu einem neuen Super-Gau werden können, wird nicht vom Netz genommen, denn einerseits sind die Industriestaaten nicht bereit die notwendigen Mittel aufzubringen, um die Ukraine zum Abschalten zu bewegen, aber andererseits hält der Westen in einer Weise an der Atomkraft fest, daß die Forderung nicht glaubwürdig erscheint. Zuletzt hatte eine Studie der Weltbank belegt, daß es ökonomisch wie ökologisch sinnvoller wäre, in den GUS-Staaten auf eine rationelle und effiziente Energieversorgung statt auf die Atomkraft zu setzen. Doch auch deraus werden keine Konsequenzen gezogen.

Die größte Pleite von Neapel ist jedoch die Verdrängung der Beschlüsse von Rio. Die Agenda 21, die Konventionen zum Schutz der Arten, des Klimas und der Böden sowie die Rio-Konvention sind allesamt vergessen, papiernen Resolutionen ohne Bedeutung für die praktische Politik. Von den vorgesehenen Mitteln für eine Weltinnenpolitik sind gerade 1,5 Prozent geflossen. Der jahrhundertalte Kolonialismus, die Unterdrückung Dritter zum eigenen Vorteil, setzt sich auch in Neapel fort. Doch in einer Welt, die immer mehr zu einer zerbrechlichen Einheit wird, führt dies in eine Zukunft autoritärer Erzwingungen. Auch dieser Weltwirtschaftsgipfel wird seiner Verantwortung nicht gerecht.

(-/11. Juli 1994/hgs/tr)

Schlechte Verlierer

Das Widersprüchliche beim Umgang der CDU mit Kommunisten

Von Helde Marie Wleczorek-Zeul MdB *
Stellvertretende SPD-Vorsitzende

Daß Reinhard Höppner und die SPD in Sachsen-Anhalt sich nicht als Juniorpartner einer Großen Koalition verdingen, sondern selbstbewußt eine sozialökologische Koalition eingehen, verstärkt den Wind des Wechsels in Deutschland.

Warum sollte eigentlich eine Koalition mit der CDU in Sachsen-Anhalt, deren Landtagsfraktion sich zu rund 66 Prozent, also zu gut zwei Dritteln aus "Blockflöten" zusammensetzt, demokratischer sein als das Bündnis mit Bündnis 90/Grüne, die - ebenso wie die SPD - eine neue unbelastete Partei nach der Wende 1989 ist? Ich empfehle der CDU/CSU auf Bundesebene, endlich ihre Tiraden über eine angebliche Zusammenarbeit von SPD und PDS einzustellen. Der eigentliche Grund, warum sie das Gekläffe nicht sein lassen können: sie sind schlechte Verlierer! Und sie spüren natürlich, daß die SPD es jetzt wirklich wissen will! Das trifft! Aber wo bleiben eigentlich die Massenblätter, die das darstellen und auch die schlechten Verlierer anprangern?

Und zur Erinnerung: Von allen ostdeutschen CDU-Abgeordneten im Bundestag, in den Landtagen und im Abgeordnetenhaus Berlin sind rund 64 Prozent Blockflöten. Darunter in Brandenburg fast 90 Prozent. Von allen ostdeutschen Abgeordneten der FDP in den genannten Parlamenten sind rund 50 Prozent Blockflöten! (...)

Es bleibt allerdings unsere fortbestehende Kritik an der PDS, daß sie sich nicht ein Beispiel an der Ungarischen Sozialistischen Partei des Gyula Horn genommen hat, die sich frühzeitig aus eigener Überzeugung neu gegründet und aus eigener Initiative alle Besitztümer der früheren Staatspartei an den Staat zurückgegeben hatte!

Der Abscheu, den Kohl und Schäuble gegenüber der PDS im "nahen Osten" als schlimme Kommunisten zeigen, steht allerdings in eklatantem Kontrast zu ihrem Verhalten gegenüber "fernöstlichen Kommunisten" - Beispiel Li Peng -, die sie hofieren, wenn sie nur genügend finanzielle Mittel haben. Wer wie Herr Kohl denjenigen, der die Todesschüsse auf dem Platz des Himmlischen Friedens befehlt, freundschaftlich bei der Hand nimmt, hat jedenfalls jeglichen Anspruch verloren, Werturteile über die PDS zu verbreiten. Der ist offensichtlich bereit, seine Moral an den Meistbietenden zu verkaufen. Ich fand die Art und Weise, mit der die Bundesregierung Li Peng hofierte, peinlich und politisch falsch. (-/11. Juli 1994/hgs/fr)

* Auszüge aus einer Rede auf dem Landesparteitag der hessischen SPD am 9. Juli 1994 in Gießen

Vorgeschmack auf kommende Belastungen

Seehofers Reform des Gesundheitswesens geht in die falsche Richtung

Von Klaus Kirschner MdB
Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Zum GKV-Anpassungsgesetz:

Die Haltung der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Länder zum GKV-Anpassungsgesetz ist nach wie vor ungebrochen. Dieses GKV-Anpassungsgesetz kann nicht die Zustimmung der SPD erhalten. Die Vorstellungen des Bundesgesundheitsministers und der Koalition sind auch für eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Vermittlungsausschusses keine Verhandlungsgrundlage.

Ziel der SPD ist es, die Lohnnebenkostenentwicklung bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu stabilisieren. Die Regierung Kohl provoziert fahrlässig mit großzügigen Wahlgeschenken an Teile der Leistungsanbieter im Gesundheitswesen einen Anstieg der Lohnnebenkosten.

Zur Erinnerung:

Als Wahlgeschenke sind unter anderem vorgesehen:

In Richtung der pharmazeutischen Industrie:

Erschwerung der Möglichkeit zur Festbetragsbildung für Arzneimittel mit Patentschutz.

In Richtung der Kassenärzte:

Ausweitung des Honorarvolumens um 600 Millionen DM zur Verteilung an die Hausärzte, um die hausärztliche Tätigkeit besser zu vergüten.

Die Regierung Kohl verläßt eindeutig den Boden der Lahnsteiner Kompromisse zum Gesundheitsstrukturgesetz.

Als direkter Angriff auf die solidarische Krankenversicherung und sein bewährtes Sachleistungsprinzip ist der Versuch zu werten, Kostenerstattungsregelungen einzuführen. Das ist der Einstieg in den Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung in der jeder Versicherte Leistungen erhält, die medizinisch notwendig sind. Bereits im GKV-Anpassungsgesetz zeigt sich deutlich, daß Bundesgesundheitsminister Seehofer den Optionen des Sachverständigenrates der Konzentrierten Aktion, die den Weg zur Reprivatisierung der Gesundheitsrisiken zeigen, annimmt. Bundesgesundheitsminister Seehofer bastelt an einer anderen Krankenversicherung, die voll zu Lasten der Patienten und der Beitragszahler geht. Das beste Beispiel hierfür ist der Vorschlag, die zahnmedizinische Versorgung und hier speziell die Kostenübernahme bei gegossenen Zahnfüllungen (Inlays) durch die Hintertür auszuhöhlen. Im Endeffekt bedeutet dieser Vorschlag, daß die Versicherten einen Zuschuß zu gegossenen Zahnfüllungen von zehn Prozent erhalten und der Rest aus der eigenen Tasche gezahlt werden muß. Hier soll dem durch die SPD im GSG verhinderten Konzept der "Grund- und Wahlleistungen" der Weg geebnet werden.

Daher sage ich klipp und klar, all dies ist keine Verhandlungsbasis. Regierung und Koalition müssen sich auf den Lahnsteiner Kompromiß zurückbegeben. Dann kann über ein GKV-Anpassungsgesetz verhandelt werden.

Zum Psychotherapeutengesetz:

Die notwendige Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung der Bevölkerung und die Schaffung eigenständiger Heilberufe für psychologische Psychotherapeuten sowie für Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeuten, die dringend geboten sind, droht an der Ideologie der Selbstbeteiligung der Kohl-Regierung zu scheitern.

Das von der Kohl-Regierung vorgelegte und von der CDU/CSU und FDP beschlossene Gesetz sieht eine 25prozentige Selbstbeteiligung für die psychotherapeutische Behandlung vor. Mit der Einführung einer Selbstbeteiligung würden psychisch Kranke diskriminiert. Sie sollen dazu mißbraucht werden, um den generellen Einstieg in Selbstbeteiligungsregelungen bei der ambulanten medizinischen Versorgung durchzusetzen.

Die Einführung einer Selbstbeteiligung in Höhe von 25 Prozent ist aber auch wegen der in diesem Bereich anfallenden Kosten für "Psycho-Pharmaka", in Höhe von über einer Milliarde Mark jährlich, lächerlich. Das Gesetz ist daher auch folgerichtig vom Bundesrat gestoppt worden.

Wenn das der Beginn der sogenannten Reform des Gesundheitswesens von Seehofer ist, dann haben die Versicherten und Patienten hier einen Vorgeschmack auf weitere finanzielle Belastungen, die ihnen von der Kohl-Regierung drohen.

Die SPD fordert die Bundesregierung und die Koalition auf, endlich sich ihrer Verantwortung für die psychisch Kranken und für den Berufsstand der Psychotherapeuten bewußt zu werden und an den Verhandlungstisch zurückzukehren, indem sie den Vermittlungsausschuß anrufen.

(-/11. Juli 1994/hgs/fr)